

Kamener Zeitung

Amstisches Anzeigenblatt für Kamen.

Einzelpreis für den Raum der einseitigen Anzeigen 250.- Mark, bei totalen Anzeigen 200.- Mark. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Anzeigenbedingungen. Anzeigenpreis und Verlag der Kamener Zeitung, 10. Markt, in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Marktstraße 10, Fernsprecher 1.

Verband für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.

Monatlicher Bezugspreis 15000 Mk., durch die Post laut Belohnungsliste. Falls wir in der Herausgabe od. Aufstellung der Zeitung gehindert sind, hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Vergütung des Bezugspreises. Für die Abnahme verantwortlich: H. Schabel, Kamen.

Nummer 158

Mittwoch, den 11. Juli 1923

51. Jahrgang

Die Tür bleibt offen.

Eine halbamtliche Mitteilung über die am Donnerstag erfolgende Erklärung Baldwins: es wird nichts Aufsehenerregendes gesagt. — Der Bruch mit Frankreich soll vermieden werden. — Vor der Aufklärung des Duisburger Vorfalles? — Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel.

Alpdrücken in Paris.

Die wirtschaftliche Schlacht in Westfalen, die diplomatische Schlacht an der Themse.

10. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Morgen wird, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, ein englischer Kabinettsrat in London einberufen, um in eine sorgfältige Prüfung der beabsichtigten Regierungserklärung vom Donnerstag einzutreten. Welcher Art diese im einzelnen sein wird, ist den hiesigen Morgenblättern nicht bekannt. Ganz allgemein gibt die Pariser Morgenpresse der Erwartung Ausdruck, daß England es nicht schlechtweg zu einem Bruch mit Frankreich kommen lassen werde, sondern vielmehr eine letzte Mahnung an das Pariser Kabinet richten wird, bevor es sich tatsächlich zu einem Sondervergehen entschließen werde.

Der Londoner Berichterstatter des „Morning“ glaubt zu wissen, England wolle einen moralischen, materiellen und wirtschaftlichen Druck auf Frankreich ausüben. Von einem moralischen und materiellen Druck seien wichtige Erfolge nicht zu erwarten, dagegen wohl von einem wirtschaftlichen Druck, der darin bestünde, daß Deutschland von England Einbußen erleide, wobei man sich aber nicht vergeht, daß schließlich Frankreich hieran Vorteile ziehen könnte. Ferner würde von Frankreich die volle Bezahlung seiner Kriegsschulden verlangt werden. Endlich würden Angriffe auf den französischen Franken erfolgen. Die fünf englischen Großbanken, hinter denen Mac Kenzie steht, würden mit deutschen, sowie mit holländischen, Schweizer oder amerikanischen Banken und mit Hilfe der Bank von England diesen Angriffen auf den französischen Franken unternehmen.

Die Lage wird in Paris als außerordentlich ernst angesehen. Die Verhandlungen mit London sind auf einem toten Punkt angelangt und tatsächlich zur Zeit abgebrochen. Immerhin glaubt das „Echo de Paris“, daß der französische Vorschlag eventuell sich zu einem Versuch im englischen Außenministerium entschließen werde. Aus dieser Mitteilung scheint ersichtlich zu sein, daß Frankreich vielleicht in letzter Minute noch einzulenken gedenkt.

Von amtlicher französischer Seite ist man bemüht, die öffentliche Meinung zu beruhigen, ihr vorzumachen, daß es das beste ist, in Ruhe den kommenden Donnerstag abzuwarten. Man läßt den Gedanken aufkommen, daß sich die englische Regierung wohl kaum dem französischen Standpunkt anschließen würde, und daß, wenn überhaupt die Lösung der Entschädigungsfrage und die Klärung der Ruhrunternehmensgemeinschaft mit England erfolgen kann, diese nur der Gegenstand langwieriger und langfristiger Verhandlungen sein könnte. Bezeichnend für diese Haltung ist eine halbamtliche Erklärung, die der „Petit Parisien“ heute vormittag an der Spitze seines Blattes veröffentlicht. Sie lautet:

„Das britische Kabinet hat gestern über den Verlauf der englisch-französischen Verhandlungen in der Ruhr- und Entschädigungsfrage Beratungen gehalten. Welches auch immer die Entscheidung sein möge, die es getroffen haben kann, wenn überhaupt eine getroffen wurde, die Lage kann sich nicht sofort ändern. Nach dem, was man über die Absichten Englands weiß, scheint es als sicher, daß das Kabinet Baldwin entschlossen ist, eine bräutliche Frontänderung auf alle Fälle zu vermeiden. Wenn es eine Veränderung in der englischen Politik gibt, sei es im Sinne einer getrennten Verhandlung, dann werde diese nur eine langsame Entwicklung sein, und die ministerielle Erklärung, die für Donnerstag beabsichtigt wurde, würde nur eine Art Vorwort bedeuten. Auf diese Weise kann jedermann die unabänderliche Initiative erkennen und vielleicht voraussehen. Französischerseits ist es fast überflüssig zu wiederholen, daß man die englische Erklärung ohne Erregung und auch ohne schlechte Laune abwartet. Was immer auch kommen mag, die französische Regierung ist entschlossen, das Ruhrunternehmen zum guten Ende zu führen. Man hat sich übrigens gestern Abend am Quai d'Orsay davon überzeugt, daß schließlich ein Einverständnis zwischen Frankreich und England erzielt wird.“

Der diplomatische Mitarbeiter der „Revue Nouvelle“, der meistens über die Stimmung am Quai d'Orsay gut unterrichtet ist, drückt sich weniger geheimnisvoll aus und ist der einzige, der nicht einmal den Versuch macht, die Lage optimistisch zu deuten. Er schreibt: Nach den in London umlaufenden Gerichten werde die englische Regierung offiziell die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz beantragen. Wenn das, was man von ihren Absichten kenne, den Tatsachen entspreche, könne man einen festeren und endgültigen Abschied von der ersten cordiale nehmen.

Die große Bemühung Edwards VII. werde ein Ende gefunden haben. Die Dinge erschienen von solcher Bedeutung, daß

gewisse Freunde Frankreichs es für ihre Pflicht hielten, das Unmögliche zu verhindern, um den Lauf der Ereignisse abzuwenden. So bemühte sich namentlich der tschecho-slowakische Minister des Äußern Beneš, um zwischen Paris und London eine schwache Brücke zu schlagen. Das Blatt glaubt nicht an einen Erfolg, und es beglückwünscht die, die leichten Herzen des französischen Bruch hinnehmen können. Es selbst sehe nur mit Bedauern der Fortführung der wirtschaftlichen Schlacht in Westfalen und der diplomatischen Schlacht an der Themse zu. Es wäre gewiß widerspruchsvoll, anzunehmen, daß Großbritannien und Deutschland, die nur sehr wenige gemeinsame Interessen hätten, daran dächten, sich auf dem Rücken Frankreichs zu einigen, das mit dem Deutschen Reich enge Interessengemeinschaften verbinde. Die gegenseitige Erfahrung beweise trotzdem, daß in gewissen Zeitabschnitten London und Berlin eine gemeinsame Politik gegen Frankreich trieben. Man dürfe sich nicht täuschen. Heute sei die Politik Lloyd Georges in großem Stil wieder aufgenommen worden. Die Engländer wollten die Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent retten und bemühten sich deshalb, das normale Spiel der europäischen Kräfte wiederherzustellen, das durch Frankreichs militärische Aktion im Ruhrgebiet verschoben wurde. Und dieser Offensive des Foreign Office habe man nicht viel entgegenzusetzen. Ein bedeutender Staatsmann habe schon vor einigen Monaten die Befürchtung geäußert, daß man in Effen ein neues Tschechoslowakei erleben würde.

Vor Baldwins Erklärung.

London, 10. Juli. Weiter erzählt, daß die Erklärungen Baldwins und Cursons über die Entschädigungsfrage deshalb bis Donnerstag verschoben worden sind, weil die Erklärung über die britische Politik die sorgfältigste Vorbereitung erfordert, die im Hinblick auf die weitreichenden Folgen, die sie sicherlich haben wird. Die Erklärung wird dem Kabinet zur sorgfältigen Prüfung vorgelegt werden, bevor sie im Parlament abgegeben wird. Eine weitere Unterredung zwischen Lord Curzon und dem französischen Vizepräsidenten ist nicht verabredet. Man hat allgemein das Gefühl, daß das Ende der gegenwärtigen Phase der Verhandlungen über die französische Haltung zur Bezahlung der Ruhrschulden jetzt erreicht ist.

Ueber die angeblichen Absichten Englands bringt die — nicht übermäßig zuverlässige — „Chicago Tribune“ die folgende Meldung:

In der gestrigen Sitzung des englischen Kabinetts ist beschlossen worden, eine

internationale Kommission zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit

zu ernennen. Großbritannien werde die Initiative ergreifen und die alliierten und neutralen Mächte auffordern, Delegierte zu dem Kongreß zu entsenden, der die Lage Deutschlands erörtern und die Entschädigungsansprüche gegen Deutschland feststellen solle. Frankreich werde zur Teilnahme aufgefordert werden, und wenn es ablehne, werde der Kongreß trotzdem stattfinden. Man hoffe indes, daß die Franzosen die Teilnahme an der Konferenz einer vollständigen Isolierung vorziehen würden. Nach dem gegenwärtigen Stande würden die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, den Vorstehenden zu erkennen. Sollte die amerikanische Regierung ihre Teilnahme ablehnen, so würden die Mächte vielleicht einen hervorragenden amerikanischen Juristen mit dem Vorsteh betrauen. In diesem Zusammenhang würden die obersten Richter der Vereinigten Staaten Taft und Elihu Root genannt. Es werde erwartet, daß Italien und die kleine Entente sich dem Vorgehen Englands anschließen.

Große Bedeutung wird einer Besprechung beigegeben, die

Lord Curzon gestern mit dem deutschen Vizepräsidenten

hatte. Nach Mitteilungen der Londoner Korrespondenten der Pariser Zeitungen soll Lord Curzon dem deutschen Vertreter erklärt haben, die Reichsregierung solle alles tun, um die Sabotageakte zu verhindern, wie er auch dem deutschen Ausbund gab, die Reichsregierung möge die Sabotageakte öffentlich desavouieren.

Nach einer Reutermeldung müßte dem von dem internationalen Sachverständigenausschuß erstatteten Gutachten nach dem englischen Plane im Herbst eine

internationale Wirtschafts-

Konferenz

folgen, die von England oder dem Völkerbund einberufen würde. In dieser Konferenz sollten außer den Alliierten und den Neutralen Staaten auch die Neutralen teilnehmen. In dem Plane Englands soll ferner noch ein Schritt vorgesehen sein, der darauf hinausläuft, durch dieselbe internationale Körperschaft ein Abkommen

über die Sicherungsfrage und die Klärung des Ruhrgebietes herbeizuführen.

* Ueber die gestrige Kabinettsitzung wird

streng geschwiegen. Aus der Mitteilung des halbamtlichen Reuturbureaus geht aber hervor, daß die letzte Unterredung des französischen Vizepräsidenten mit dem englischen Außenminister Lord Curzon ergebnislos verlaufen ist. Es scheint, daß man auch an der Seine mit einem Bruch mit England rechnet. Poincaré hat nach längerem Zögern das Washingtoner Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen zur See von der Kammer ratifizieren lassen. Das ist in Amerika allgemein empfunden worden, was auch der Zweck der Ratifizierung war. Man will, wenn der Bruch kommt, Amerika nicht allzusehr als Gegner haben. Deutschland würde zunächst keinen Anlaß haben, sich über die Erhebung der beiden Alliierten zu freuen. Frankreich würde sich noch rücksichtsloser und brutaler auf uns stützen als bisher, weil die englische Presse fehlt. An eine Hilfe Englands mit den Waffen ist nicht zu denken. Solche Hoffnungen braucht in Deutschland niemand zu hegen. Wer in England gegen Frankreich ist, ist noch lange nicht für Deutschland. Auch solche Engländer, die die schwere Lage Deutschlands verstehen, verlangen, daß es Anstrengungen zur Erfüllung des Versailler Vertrages macht. Hierzu kommt, daß die 4 Kriegsjahre noch nicht vergessen sind.

Nach den letzten Telegrammen werden übrigens Versuche gemacht, die Luft noch einmal zu schließen.

Wieder anderer Wind.

Noch kein Bruch mit Paris.

Eine offizielle Reuter-Erklärung.

MTB London, 10. Juli. (Draht.) Das Kabinet trat heute zusammen, um über die Erklärung endgültig Beschluß zu fassen.

MTB Paris, 10. Juli. (Draht.) Unter dem Vorsteh Poincarés fand gestern ein Kabinettsrat statt, der sich mit den auswärtigen Angelegenheiten befaßte. Nach Mitternacht wird am Freitag vormittag ein Ministerrat tagen.

London, 11. Juli. (Eig. Draht.) Das Reuturbüro meldet: Bezüglich des Inhalts der Erklärung über die britische Politik, die am Donnerstag in beiden Häusern des Parlamentes von dem Premierminister und dem Außenminister abgegeben werden wird, sei nichts bekannt, doch könne zuverlässig gesagt werden, daß nichts Aufsehenerregendes gesagt werde. Die Erklärung werde den Versuch machen, vor der Welt die Ansicht der britischen Regierung über die Wiederherstellung Europas öffentlich darzustellen, und man hoffe ausdrücklich, daß die französische Regierung eine Möglichkeit sehen werde, mit der britischen Regierung zusammen zu arbeiten. Für eine Zusammenarbeit mit Frankreich werde die Tür offen gelassen werden. Die britische Regierung ziehe sicher keine Aktion in Erwägung, die den Charakter eines Bruchs zwischen Großbritannien und Frankreich habe.

„Daily Telegraph“ meint, die Erklärung werde wahrscheinlich ein endgültiges Angebot an Frankreich enthalten. Wenn Frankreich und Belgien darauf keine Antwort erteilen würden, dann trage die britische Regierung für das Kommenbe nicht die Schuld.

Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel.

Paris, 10. Juli. Aus Brüssel wird dem „Echo de Paris“ gemeldet, daß gestern Abend gegen 7 Uhr der deutsche Geschäftsträger, als er das Vizekonsulatsgebäude verließ, von zwei früheren belgischen Frontkämpfern, darunter einem Reserveoffizier, überfallen und mit Faustschlägen bedrängt wurde. Auf die Rufe des Vizekonsuls alarmierte das Personal die Polizei. Der Vizekonsul folgte den Festgenommenen zur Polizeistation. Der Kommissar stellte die Personalien der beiden fest und ließ sie darauf frei. Im Verlauf des Verhörs gaben sie an, daß sie gehandelt hätten, um dem deutschen Diplomaten eine Lehre zu geben, da er am vergangenen Sonntag die Manifestanten, die gegen das Attentat von Duisburg protestierten, verhaftet hätte.

Berlin, 10. Juli. Der Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel wird amtlicherseits jetzt durch eine mit harter Verpöfung aus Brüssel eingegangene Depesche bestätigt. Die belgische Regierung ist auf diplomatischem Wege um Entschädigung und Bestrafung des Täters erinnet worden.

Das Saarregiment vor dem Völkerbundsrat.

(*) Die Prüfung des Saarregimentes durch den Völkerbundsrat ist nunmehr abgeschlossen. Ihr Ergebnis ist für die Saarbevölkerung durchaus kein vollbefriedigendes, aber auch kein vollkommen negatives. Große Hoffnungen durfte man auf die von den Engländern verlangte Untersuchung ja ohnehin nicht setzen. Das Untersuchungsgebiet, das sich der Völkerbundsrat bezüglich des Saarregimentes setzte, wurde gleich in der ersten Sitzung stark eingegrenzt. Man hatte, als die Saarfrage auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates gesetzt wurde, zunächst Anlaß anzunehmen, daß das ganze Südbündnis der französischen Politik im Saargebiet abgehandelt würde und man vor allem feststellen würde, welche Motive die Franzosen in ihrer Saarpolitik leiteten. Das war ein Irrtum.

Die am 3. Juli gefasste Entscheidung, welche die Prüfung der Tätigkeit der Saarkommission verlangte, beschränkte die Prüfung gleich auf „die neuerlichen Vorgänge“. Auf Antrag des französischen Delegierten Hanotaux wurde das Verhör der nach Genf berufenen Saarkommission in nicht öffentlicher Sitzung vorgenommen. Der englische Vertreter im Völkerbundsrat, Lord Cecil, wollte von dem Ausschluß der Öffentlichkeit anfangs nichts wissen, fügte sich aber dem französischen Begehren, weil zu viele Angelegenheiten rein persönlicher Natur zur Sprache kommen würden. Der Ausschluß der Öffentlichkeit gestattete natürlich der französischen Presse, den Sieg der französischen Auffassung über die Saarfragen mit einigem Eifer zu verfechten. Das Schlussergebnis gestattete aber ebensoviele, wie die erste Entscheidung, welche die Saarkommission vor den Völkerbundsrat lud, von einem Siege der französischen Politik zu sprechen. Andererseits steht allerdings fest, daß die französische Saarkommission trotz ihrer außerordentlichen Verfechtungen äußerst milde behandelt worden ist. Im übrigen ist es schwer, der am Ende der Beratungen herausgegebenen amtlichen Mitteilung die richtige Auslegung zu geben, eben weil man kein genaues objektives Stimmungsbild von der nicht öffentlichen Prüfungssitzung besitzt. Ungünstig für den deutschen und saarländischen Standpunkt war natürlich auch, daß Vertreter der Saarbevölkerung — das saarländische Mitglied Land der Regierungskommission kommt als solches nicht in Frage — nicht gehört worden sind. Es sind zwar einige Herren des saarländischen Landestages nach Genf gefahren, aber bisher hat man nicht vernommen, daß sie ihre Auffassung an der richtigen Stelle anbringen konnten. Es gehörte zu den Instruktionen, welche Hanotaux von Poincaré erhalten hatte, unter allen Umständen zu verhindern, daß bei den Beratungen Vertreter der Saarbevölkerung anwesend seien und sich an der Prüfung beteiligen könnten. In diesem Punkte hat Hanotaux sich durchzusetzen vermocht.

Man hat in der geheimen Sitzung nach den Meldungen verschiedener Blätter verhandelt einmal über die Ausnahmeverordnungen der Regierungskommission, ferner über die Frage der lokalen Gendarmerie, die der Ernennung des saarländischen Mitgliedes für die Regierungskommission, wobei Lord Cecil den von den Franzosen und dem französischen Präsidenten der Regierungskommission befragt abgelehnten Vorschlag machte, den saarländischen Vertreter im Einvernehmen mit dem Landesrat zu ernennen. Schließlich unterhielt man sich über den B.A. des Vizepräsidenten des Völkerbunds, und über die Frage der Beziehungen der Mitglieder der Regierungskommission zu ihren vormaligen Regierungen. Es ist in der geheimen Sitzung festgestellt worden, daß der französische Präsident der Regierungskommission Anordnungen und Verfügungen trifft, ohne die übrigen Mitglieder der Kommission zu befragen. Ebenso stand er in fortwährender direkter Beziehung mit der französischen Regierung und die beiderseitigen Unterhaltungen betrafen die allgemeinen und wichtigsten Fragen der Verwaltung und Politik im Saargebiet.

Das Ergebnis der Prüfungen war schließlich eine Kundgabe, der man es sehr leicht annimmt, daß es ein Kompromiß darstellt zwischen den Auffassungen Lord Cecils und Hanotaux.

Nach dieser Kundgabe ist es vor allem die Frage der lokalen Gendarmerie gewesen, welche ein energisches Einschreiten des Völkerbunds hervorgerufen hat. Er hat obendrein der Regierungskommission zu verstehen gegeben, daß sie vom Völkerbundsrat, nicht vom irgendeiner ausländischen Regierung zur Verwaltung des Saargebietes eingesetzt sei. Das war deutlich. Ob aber diese Feststellung eine Gesinnungsänderung in der Saarkommission zustande bringen wird, und ob es sich erfüllen wird, was der italienische Vizepräsident des Völkerbunds hofnungsvoll zum Ausdruck brachte, daß nämlich die Unternehmung den Anfang einer „neuen Ära“ in den Beziehungen zwischen der Bevölkerung des Saargebietes und der Regierungskommission bilden möge, das müssen wir noch sehr bezweifeln. Mit der Saarkommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung ist nicht viel anzufangen. Präsident ist der Franzose

Mault, der das Innere und Äußere verwaltet. Die Verkehrsanklagen unterliegen der Aufsicht eines Beamten, ein Däne steht Schule und Kirche vor und ein Kanadier regelt die Steuern. Der sehr wenig bedeutende saarländische Vertreter in der Kommission, Herr Land, verwaltet Landwirtschaft und Volkswirtschaft. Bei dieser Zusammenfassung hat Frankreich in jedem Falle die Majorität. Deutschland muß wünschen, daß sie bei den nächsten Wahlen durch den Völkerrundrat im Herbst dieses Jahres eine andere wird, damit endlich die Interessen des Saargebietes und auch der Wille des Völkerrundrates mehr zu ihrem Rechte kommen.

Der päpstliche Schritt in Brüssel.

Brüssel, 9. Juli. Wie die „Agence Belge“ meldet, erfolgte heute der vom „Observateur Romano“ gestern angekündigte Schritt des päpstlichen Nuntius bei der belgischen Regierung. (Brüssel, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem von der belgischen Telegraphenagentur gemeldeten Empfang des Sekretärs der Päpstlichen Nuntiatur durch den Außenminister Jaspars wird der gleichen Telegraphenagentur noch mitgeteilt, daß der päpstliche Sekretär dem Minister noch mitgeteilt haben soll, der Papst finde es vollkommen verständlich, daß infolge des Anschlages auf der Hochfelder Brücke Unterdrückungsmahnahmen von der belgischen Regierung ergriffen worden seien, daß der Papst aber in dem gleichen Augenblick, da er den Schritt in Berlin unternommen, die Hoffnung äußerte, daß diese Maßnahmen auf die für die Sicherheit der Truppen erforderlichen Maßnahmen beschränkt würden. Die belgische Telegraphenagentur meldet weiter, der Außenminister Jaspars habe die Aufmerksamkeiten des Sekretärs der Nuntiatur auch auf die Anzahl und die Festigkeit der Anschläge im Ruhr- und belgischen Gebiet gelenkt und hinzugefügt, die belgische Regierung habe im Bestreben, die Sicherheit der Truppen, sowie diejenigen der Reisenden zu gewährleisten, nur unter den gegenwärtigen Umständen die durchaus notwendigen Maßnahmen ergreifen, die übrigens der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen. Fallsamtlich wird von deutscher Seite hierzu bemerkt: Gegenüber diesen Behauptungen Jaspars sei noch einmal auf den Charakter der von der belgischen Regierung ergriffenen Maßnahmen hingewiesen: auf die Drangsalierungen der schuldlosen Bevölkerung durch die Grenzsperrung und die Bedrohung der Lebensmittelfuhr, die vor allem das Leben zahlreicher Kinder gefährdet, auf die jedem Bürgerrecht zugewiesenen Maßnahmen des Mißbrauchens von Geiseln, die Zurückhaltung und Festnahme von Reichstagsabgeordneten, die dadurch an der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten gehindert werden, das willkürliche Verhelfen von Deutschen, die sich nicht das Geringste zuschulden kommen lassen. Kurz: alle diese zusammengefaßten Maßnahmen, die zur Anwendung gelangten, obwohl bis heute die Schuld an dem Verfall auf der Hochfelder Brücke noch nicht geklärt ist. Glaubt der belgische Außenminister Jaspars, daß diese Maßnahmen der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen? Es sind Drangsalierungen und Bedrückungen der Bevölkerung, wie sie in der schlimmsten Zeit des Krieges nicht überboten worden sind.

Ein vernichtendes belgisches Urteil über die Ruhraktion.

MTB Brüssel, 10. Juli. „Libre Belgique“ stellt fest, daß Belgien fast gegen seinen Willen an der Ruhraktion teilgehabt habe. Nach 25 Wochen sei es nicht gelungen, die schwere Maschine wieder in Gang zu bringen. Das einzige Ergebnis sei die Zerstörung wirtschaftlicher Werte.

Vertrauensvotum für das neue belgische Kabinett.

Belgien in einer schweren Stunde. (Brüssel, 10. Juli. (Drahtb.) Der Senat erteilte mit 88 gegen 36 Stimmen bei einer Enthaltung dem neuen Kabinett Theunis ein Vertrauensvotum, nachdem vorher der Außenminister Jaspars eine Rede gehalten, in der er bemerkte, daß das Land sich gegenwärtig in einer schweren Stunde befinde.

Die Regierung und die Sabotageakte

Berlin, 11. Juli. (Drahtb.) Nach einer Meldung aus Brüssel hat der belgische Außenminister ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt, daß die deutsche Regierung erklärt habe, sie werde alles in ihrer Macht Stehende aufwenden, um die Attentate zu verhindern. Die Führer in dem besetzten Gebiet seien angewiesen worden, durch Maueranschläge die Bevölkerung aufzufordern, sich jeder Gewalttätigkeit zu enthalten.

Mahnung des rheinischen Oberpräsidenten.

Koblenz, 10. Juli. Der Oberpräsident erläßt an die rheinische Bevölkerung einen Aufruf, in dem er dringend zur Besonnenheit mahnt und ersucht, keine Sabotageakte an Eisenbahnen zu verüben, da darunter die Gesamtheit leiden müsse.

Die Lage im Einbruchsbereich.

MTB. Münster, 10. Juli. In Buer wurde am 9. Juli wegen Waffenbesitzes der Arzt Dr. Landbrod mit Frau verhaftet. In Dortmund und wurde am 6. Juli der Stadtrat Direktor Wendenrodt ausgewiesen. Ferner in Hörde am 9. Juli Gymnasialdirektor Wam, Rechtsanwalt Holsche, Büroinspektor Erdminger; am 10. Juli der Holzhändler Wange; die Familien haben innerhalb acht Tagen zu folgen. In Düsseldorf wurde am 9. Juli die letzte bürgerliche Zeitung, das „Düsseldorfer Tageblatt“, von der Besatzungsbehörde auf unbekannte Zeit verboten.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der ersten Zuhilfenahme auf der Kontrollstation Lünen eine große Liebesgabenabgabe für die Dämonen, bestehend aus vielen Kaffern, Kaktus, für Glöckchen, Datteln, Dortmund, Hörde und Vortrop bestimmt, von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden. Außerdem wurde in Brackel eine Liebesgabenabgabe aus Schweden mit 100 Lebensmittelpaketen, und in Dortmund ein Wagon Kartoffeln der Ruhrspende von den Einbruchstruppen beschlagnahmt.

Der Bahnhof Westerholt und Westerholt wurden von der Besatzung vollständig geräumt. Die Truppen sind nach Datteln abgezogen.

Vor der Aufklärung des Duisburger „Attentats“?

MTB Elberfeld, 10. Juli. Die Gerüchte über eine sensationelle Wendung in der Verfolgung des Eisenbahnunglücks auf der Rheinbrücke bei Duisburg-Hochfeld verdichten sich jetzt zu einer bestimmten Meldung. Danach soll es gelungen sein, zwei Leute, die als Attentäter in Frage kommen, zu verhaften. Es handelt sich um einen Franzosen und um einen Argentinier. Ferner wurde ein Dienstmädchen verhaftet, das in einer Duisburger Wirtschaft beschäftigt ist und auf die beiden Personen aufmerksam machte. Das Dienstmädchen konnte durch eine große Reihe einwandfreier Zeugen sein Alibi nachweisen und Unterlagen dafür erbringen, daß es mit den beiden Personen nichts zu tun habe. Bei dem Argentinier wurde eine Tasche mit Morphium gefunden, mit deren Inhalt er sich im Falle seiner Verhaftung das Leben nehmen wollte. Dieses Vorhaben konnte rechtzeitig verhindert werden. Der verhaftete Franzose soll die Tat eingestanden haben. Es hat sich außerdem eine Reihe glaubwürdiger Zeugen gemeldet, deren Beobachtungen die Verdachtsgründe gegen die beiden verhafteten Personen bekräftigen. Bekanntlich ist bereits vor einigen Tagen gemeldet worden, daß ein französischer Kommunist mit dem Attentat

Soweit bisher festgestellt, sind in Duisburg nach dem Explosionsunglück an der Rheinbrücke und seit Beginn der Sperrung zwei Duisburger erschossen worden. Die Gerüchte über Erschießung Angehöriger der Besatzungstruppen durch Deutsche in Duisburg sind unzutreffend. Aus Anlaß des Explosionsunglücks befinden sich zur Zeit 26 Geiseln aus Duisburg in Haft. In Buer sind die seit der Verhaftung über die Stadt verhängten Sanktionen heute wieder aufgehoben worden. In Wattencheid sind von der Besatzung neue Sanktionen wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter, die angeblich die Besatzungstruppen zum Ungehorsam aufgefordert, angedroht worden.

Beschlagnahme von Reichsbankgeldern.

Bochum, 10. Juli. Die Franzosen beschlagnahmten heute im Reichsbankgebäude in Bochum 800 Millionen Mark.

Sperrung der Rheinbrücke bei Düsseldorf.

Köln, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Brücke von Oberkassel nach Düsseldorf ist seit dem 9. Juli der Straßenbahnverkehr nach beiden Richtungen auf Befehl der Belgier eingestellt worden.

Milderungen für Buer.

Aufhebung der Sanktionen. Buer, 11. Juli. (Drahtb.) Die Lebenszeit der seit Beginn der Besetzung besonders hart geprüften Stadt Buer scheint wenigstens für die nächste Zeit eine Milderung zu erfahren. Außer den bereits gemeldeten Erschießungen sind auch jetzt noch die weiteren bestehenden Sanktionen aufgehoben worden. Vor allem darf die Straßenbahn wieder verkehren. Die Sperrung ist soweit gemildert, daß die öffentlichen Lokale bis 10 Uhr wieder geöffnet sein dürfen. Worauf die Aufhebung zurückzuführen ist, ist bis zur Stunde noch nicht ermittelt.

Die Bergewaltung der Eisenbahner.

mtb Köln, 10. Juli. Die Zahl der an ihren Wohnungen vertriebenen Beamten, Angestellten und Arbeiter beträgt, wie die Reichsbahndirektion berichtet, für die Zeit vom 4. Januar bis 6. Juli d. J. 22.533 Angehörige der aus den Wohnungen Vertriebenen, 6.879 ausgewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter, 15.905 Angehörige von ausgewiesenen, 673 Verhaftete, 104 Verurteilte, 6 Gestorbene, 125 Verletzte. Die Gesamtsumme der Verhaftungen beläuft sich auf 223 Tote, 8 Monate, 10 Tage und u. a. auf 148.558.200 Mark Geldbuße. Die Statistik umfaßt sowohl das als befehlte als auch das Einbruchsbereich.

Kriegsgerichtsurteile.

(Wengern, 10. Juli. Vier Eisenbahner von hier mit Namen Müller, Bracht, Giebel und Linke, welche verurteilt hatten, einen größeren Geldtransport bei Witten über die Ruhrbrücke zu schmuggeln, wurden vom Kriegsgericht Witten zu 10 Monaten Gefängnis und je 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Zur Verbüßung der Strafe wurden die Verurteilten in das Amtsgerichtsgefängnis zu Witten gebracht.

Befragung des Bochumer Vereins.

Bochum, 10. Juli. Die Franzosen haben heute vormittag die Wertanlagen des Bochumer Vereins für Bergbau und Hüttenfabrikation A.-G. befragt. Die Befragung erfolgte mit dem üblichen großen Truppenaufgebot. In den ersten Morgenstunden marschierten die Truppen und Tanks auf und regelten die Zugänge zu den gesamten Wertanlagen von der Allee, der Kolonie Stahlhausen, von den Hütten und von der Zeche Präsident aus ab. Um 9 Uhr verlangte eine französische Ingenieurkommission Einblick, um die Wertanlagen zu besichtigen. Die Arbeiter und Angestellten verließen sofort ihre Arbeitsstätten. Um 1 Uhr mittags verließen die Franzosen das Werk wieder. Einzelheiten über den französischen Besuch fehlen noch.

Keine Verlängerung der Verkehrssperre?

mtb Dortmund, 10. Juli. Die französische Besatzung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die mit dem Stempel 205 versehenen Personalausweise durch Vermittlung des Besatzungsamtes berichtigt werden. Die Abfertigung der Personalausweise, die noch keinen Stempel tragen, beginnt wieder am 16. 7. in der bisherigen Weise. Danach ist eine Verlängerung der Verkehrssperre nicht geplant.

Die tschechisch-französische Bruderschaft.

(Paris, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Poincaré empfing gestern den tschechischen Außenminister Beneš zu einer längeren Unterredung, die sich mit den gegenwärtigen dringenden politischen Fragen beschäftigte. Beneš wird heute nach London reisen. Nach seiner Rückkehr von London in etwa acht

in Verbindung steht. Bei der völligen Abschneidung Duisburgs von allen Verkehrsmöglichkeiten war es bis zur Stunde noch nicht möglich, das Gerücht in allen Einzelheiten genau nachzuprüfen. Bevor nicht eine behördliche Bestätigung dieses Gerüchtes eingegangen ist, wird man gut tun, die Angaben lediglich als Gerücht zu vermerken. Es deuten aber alle Anzeichen darauf hin, daß die Ermittlungen der deutschen Kriminalpolizei gemeinsam mit den belgischen Kriminalisten bereits zu einem Ergebnis geführt haben, das dem Duisburger Eisenbahnunglück eine Wendung gibt, von der eine bedeutsame Auswirkung zu erwarten steht.

Eine Meldung aus Duisburg besagt: In der Stadt erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Unterbindung des Unglücks bei der Hochfelder Rheinbrücke überraschende Ergebnisse gezeitigt habe. Es sollen mehrere Belgier als Täter verhaftet worden sein. Man erwartet hier mit Ungeduld die weitere Unterbindung durch eine neutrale Stelle. Die Verkehrsbeschränkungen sind gemildert worden. Die Gastwirtschaften dürfen jetzt mittags zwei Stunden und abends eine Stunde geöffnet werden.

Tagen wird er aufs neue mit Poincaré verhandeln. Ueber die Absichten Benešs schreibt das „Reit Journal“, daß diese in der Lage gegeben seien, die durch die Reparationskrisis geschaffen sei. In der französischen Kammer wurde ein Gesetz entworfen, anläßlich des im Oktober dieses Jahres zu erwartenden Besuchs des tschechischen Präsidenten Masaryk in Paris einen Kredit von 280.000 Francs zur Deckung der Unkosten des Empfanges zu bewilligen.

Preussischer Landtag.

MTB Berlin, 10. Juli 1923.

Der preussische Landtag erledigte heute in seiner letzten Sitzung vor den großen Ferien zunächst mehrere kleinere Vorlagen über Besoldungsfragen einzelner Beamtengruppen. Ferner wurde ein Antrag des Handelsauschusses angenommen, einer ungerechtfertigten Entwertung der Eisen- und Stahlpreise mit allen Mitteln entgegenzuwirken und den Auswüchsen des Syndikats, Kartells- und Monopolwesens insbesondere bei der Preisbildung entgegenzutreten. Zu Anträgen der Deutschnationalen über die Verelendung des Volkes und der Kommunisten über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Unterstützung für Sozial- und Kleinrentner, Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für Notleidende usw. und eine Entschädigung Annahme, die das Staatsministerium erlucht, alle geeigneten Maßnahmen, die nach Lage der preussischen Finanzen möglich sind, zu ergreifen, um der Notlage wirksam zu begegnen.

Zweite Lesung der Steuergeetze.

auf. Das Kernstück der Vorlage des Ausschusses ist folgende Bestimmung im § 1: Steuern, die nach festen Sätzen abgeheben werden, sind der Geldentwertung anzupassen nach Maßgabe einer Verhältnisszahl, bei der vom Stande des 1. April 1923 ausgegangen ist. Nach längerer Aussprache wurde diese Fassung angenommen mit dem Zusatzantrag: Diese Verhältnisszahl wird vierteljährlich vom Staatsministerium festgestellt und dient für die Bemessung der Anpassung der einzelnen Steuerarten als Höchstzahl, von der Bruchteile festgesetzt werden können. Als 2. Absatz des § 1 wurde ein Antrag der Deutschnationalen angenommen, wonach der Goldwährungssatz als Maximum der Verhältnisszahl gelten soll. Im übrigen wurde die Beschlüsse in 2. und 3. Lesung nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Verabschiedet wurde ferner eine Vorlage, durch die das Verfahren zur Abänderung der Gehe von Kommunalabgaben vereinfacht und einem Gemeindeauschuss übertragen wird. Die Zuschläge zu den vom Staat veranlagten Kommunalsteuern für 1923 sollen sich nach Maßgabe der Verhältnisszahl wandeln, die in dem vorher angenommenen Gesetz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung eingeführt worden ist. Dies soll jedoch keine Anwendung finden auf Gemeindezuschläge zur Grundvermögenssteuer und auf alle sonstigen Steuern der Gemeinden. Schließlich wurde noch eine Novelle zum Stempelsteuergesetz endgültig verabschiedet, die eine wesentliche Erhöhung der Steuerbeträge vorsieht.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der der Abgeordnete Schulz-Neudorf (Komm.) dagegen Einspruch erhob, daß der Landtag jetzt während der großen Lohnkämpfe in die Ferien gehe, wurde nach einer Ansprache des Seniors des Hauses, des Abgeordneten Herold (Zentr.), der an den Präsidenten Reinert Dankesworte für seine Geschäftsführung richtete, die Sitzung vom Präsidenten mit warmen Worten für die Besetzung an Ruhr und Rhein geschlossen. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß der jetzt auf dem Ruhrgebiet lastende schwere Druck bald aufhören möge.

Die nächste Sitzung des Landtages soll Dienstag, den 11. September, stattfinden.

Kleine Nachrichten.

Zum Attentat in Münster.

Köln, 10. Juli. Wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, ist ein Mann verhaftet worden, der an dem Attentat auf den sozialdemokratischen „Volkswillen“ in Münster beteiligt sein soll. Die Spur führt in die Kreise rechtsgerichteter Organisationen. Zwei weiteren Tätern soll man auf der Spur sein. Die Fährte führt nach Süddeutschland und in das besetzte Gebiet.

Das Urteil im Beseidigungsprozeß General von Watter.

(Berlin, 11. Juli. (Drahtb.) In dem Prozeß, den der General von Watter gegen den Redakteur des „Vorwärts“, Schiff, angestrengt hatte, wurde heute das Urteil verkündet. Die Verurteilung des Angeklagten Schiff wurde verworfen. Die Kosten des Verfahrens wurden ihm zugesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Artikel des „Vorwärts“ enthält zwei objektive elend fränkische Behauptungen, die geeignet seien, den privaten Stand herabzuwürdigen. Das Gericht erkenne jedoch nicht auf eine Freiheitsstrafe, da eine niedrige Bestimmung des Angeklagten nicht vorgelegen habe.

Das Urteil im Birtus-Busch-Prozeß.

Berlin, 10. Juli. (Drahtb.) Im Prozeß wegen der Kravalle vor dem Birtus-Busch wurde

gestern das Urteil gefällt. Redakteur Steinicke erhielt 6 Monate Gefängnis, vier Angeklagte je 1 Jahr, ein Angeklagter 10 Monate, je zwei Angeklagte 8 und 4 Monate. Dr. Rosenberg und Jägella sowie vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Eine Kundgebung der Ausgewiesenen in Berlin.

MTB Berlin, 10. Juli. Einer Einladung des Reichsverbandes der Rheinländer folgend, hatten sich gestern zahlreiche Ausgewiesene von Rhein und Ruhr und Saar zusammengefunden. In der Versammlung gelangte eine Entschädigung zur Annahme, in der es heißt: Wir werden Männer und Frauen von Rhein und Ruhr und Saar bleiben, wenn wir auch von der Heimat getrennt sind. Höher als die Freiheit steht uns die Freiheit unserer Heimat und das Wohl unseres Vaterlandes. Unsere Landsleute im unbesetzten Gebiet bitten wir, einzig zu bleiben. Deutschland kann nur gerettet werden, wenn das ganze Volk Schulter an Schulter steht.

32 Milliarden Ruhrspende des Brandenburgischen Landbundes.

Berlin, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Ruhrspende des Brandenburgischen Landbundes beträgt bis zum 5. Juli: 143 Fuder, 147 Schafe, 63 Schweine, 52.861 Zentner Getreide, 2570 Zentner Mehl, 126.621 Zentner Kartoffeln, 317 Zentner Hülsenfrüchte, 181.25 Zentner Fett, 167 Zentner Zucker. Dazu kommen noch verschiedene Lebensmittel, wie Kartoffelmehl, Möhren usw. Im Werte von etwa 367 Millionen Mark. Der Gesamtwert der Spenden beläuft sich auf 32 1/2 Milliarden Mark.

Mussolini in London.

(London, 10. Juli. Die „Daily Mail“ meldete Mussolinis Eintreffen in London für heute.

Der Friede im Orient.

Paris, 10. Juli. Aus Angora meldet Havas, die türkische Regierung habe ihren Vertreter in Lausanne, General Ismed Pascha, ermächtigt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Dies und das.

Münster, 11. Juli. (Drahtb.) Nachdem in voriger Woche wegen Verweigerung, in französische Dienste zu treten, sämtliche Beamten des Hauptzollamts Düsseldorf mit Familien gewaltsam ausgewiesen worden sind (es waren 180 Personen), sind heute die Beamten des Hauptzollamtes Duisburg mit ihren Familien (etwa 250 Personen) aus Haus und Heimat vertrieben worden.

MTB Berlin, 10. Juli. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, hat das Reichswehrministerium gegen diejenigen Zeitungen, die die Namen der Generale v. Moell und v. Kossow in beleidigender Form mit dem Ruchspruch in Verbindung gebracht haben, Strafantrag wegen Verleumdung und Verleumdung angehängt.

Angsburg, 10. Juli. Die Handelskammer Angsburg hat an den Reichsanwalt ein Telegramm gerichtet, worin sie erklärt, daß in Südde die Zulassung der Beschaffung von ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen drohe, infolge der künftigen Regelung des Devisenverkehrs. Die Handelskammer fordert die sofortige Wiedereinführung des Devisenverkehrs.

Ungeheurer Sturmsturm in London. London, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Ein schwerer, von Regen begleiteter Gewittersturm ging mit einer solchen Gewalt über London nieder, wie man ihn seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt. 132 Telefonleitungen, darunter 6 nach dem europäischen Kontinent, wurden zerstört.

Ein ägyptischer Prinz ermordet. London, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Der ägyptische Prinz Ali Fakim Bey wurde in der Nacht zum Dienstag im Savoy-Hotel erschossen aufgefunden. Seine Frau, eine geborene Französin, wurde wegen Mordverdachts verhaftet.

Marktfrauen in Nowawes. In Nowawes bei Potsdam kam es Montag mittag zu Lebensmittelskandalen, nachdem sich schon am Samstag auf dem Wochenmarkt einige Zwischenfälle ereignet hatten. Die Verkäufer wurden Monia früh leichten der erregten Volksmenge gewungen, ihre Waren größtenteils billiger abzugeben, als sie ausgemacht waren. Der aus Potsdam hinzugezogene Polizeiverstärkung gelang es schließlich, mit Unterstützung von Gewerkschaftsführern, den Kravallen Einhalt zu tun.

Ein schweres Selbstmordunglück. Hamburg, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein schweres Autounglück ereignete sich bei Brunsbüttel. Ein nach Marne fahrendes Lastauto, auf welchem sich außer dem Chauffeur und dem Besten noch zwei Herren und ein Knabe befanden, verlor hinter Brunsbüttel ein Vorderrad und kaufte mit voller Geschwindigkeit in den Claustrassen, wo es vollständig zertrümmert wurde. Einem Insassen drang eine Eisenstange in die Schädelschuppe, so daß er auf der Stelle tot blieb. Die übrigen Herren wurden innerlich schwer verletzt, während der Knabe unversehrt blieb.

Volkswirtschaftliches.

Befreiung von der Schenkungssteuer. Nachstehende Entscheidung des Reichsfinanzhofes dürfte von allgemeinem Interesse sein: Zu einem Vermögensübertrag, das ein Vermögensübertrag, hatte eine Attiengeellschaft einen Preis gestiftet. Die Steuerbehörde wollte ihn zur Schenkungssteuer heranziehen. Der Reichsfinanzhof hat diese Anwendung jedoch für steuerfrei erklärt, weil es sich um ein übliches Gelegenheitsgeschenk im Sinne des § 42 Abs. 1 Nr. 2 des Erbschaftsteuergesetzes von 1919 handelt. Es ist üblich, führt das Gericht aus, daß bei sportlichen Veranstaltungen dem veranstaltenden Vereine nahestehende und angesehene, in der Gegend der Veranstaltung ansehnliche Personen zur würdigen Ausgestaltung haben für den betreffenden Verein und die ihm nahestehenden Kreise eine ähnliche Bedeutung wie die Geburtstage der Menschen. Die bei einer solchen Gelegenheit gemachten Zuwendungen sollen die Anteilnahme des Zuwendenden an dem Ereignis bezeugen. Die Absicht der Vereinerkennung einer Person oder eines Zweckes spielt bei ihnen keine Rolle. Aus diesem Grunde sind die von der Schenkungssteuer befreit. Unerheblich ist, daß es sich im vorliegenden Falle um die Zuwendung einer Attiengeellschaft handelt; bei einer solchen liegt die Anteilnahme an Ereignissen, die in der Nähe ihres Sitzes stattfinden, sogar besonders nahe.

* Zufällig
John in B
anfallsin
in Berl
zum Notar
mann in
anwarte
dem Umkre
Mellor ist
Wilhelm D
gerichts
* Der
fahrt nach
an uns am
von Bahnh
müssen 6,15
treten sein
Soest und
fahrt beid
Hr. abend
München;
12. Juli m
für solche
Platz vorge
Markt für
Sonderzüge
noch nicht
samstagabend
abends ist
gebehen.
* Erhöht
Wissenhaft
Hinweis au
d. Is. folge
Welches ist
nicht bei
gen angebr
strafen, jom
som 20. Ju
verordnun
verpflichtet
* Neuer
höhung der
meine Rend
für Anstalt
seite in fünf
auf einen
ausgerunde
pflichtige A
aber nur d
Weißbrot
100 000 au
* Mitta
Verordnung
für die ver
feln bei
Betrag mit
600 000 Ma
weiligen G
20 Gramm
sich demun
bühr. Zur
* Kran
Der Reichs
rangspität
tuna vom 2
das unbede
monatlich;
= 2 Millio
Angestellte
1% bezw.
rangspität
Löhne für
Kalender
* Der
find nun
wärts. M
den die E
später auf
23. Juli
Kreises in
Zeit der lo
geführt ist
* Frach
der Reichs
bestämme
wirtschaftl
vom Norm
geleitet ein
gen der V
Wirtung vo
420x297 m
von Frach
Größe blei
vorhandene
gestaltet. A
Tert des B
ist den Be
lung von A
aus nach
messungen
ten Vorbr
zu erleben
von Inter
* Wirt
Im vergan
gegen früh
nicht
erheblich
nicht wor
hindert wo
durch das
gefehrd
und das
menden G
licher N
völkerrun
schlichen
stimmunge
strenge be
handeln
* Saar
Junge L
Sonntag
* Zwei
* Is
* und
* der
* bisher
* Und
in der
Andreas
* Frö
abständig
Untergrab
vater bei
bei Sturm
regen, fle
* Wer
* rige
* a. De
* larte
* der Land

Provinzielles.

*** Justizpersonalien.** Landgerichtsrat **Möbert** in Bielefeld (früher in Hamm) und Strafanwaltschaftsrat **Lang** am Landgericht in Bielefeld wurden zu Ministerialsekretären ernannt. Zum Notar ist ernannt Rechtsanwalt **Ernst B. Laßmann** in Münster i. W. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht Rechtsanwalt **Gerlich** bei dem Amtsgericht in Langendreer. Zum Gerichtsassessor ist ernannt der Referendar **Dr. Friedrich Wilhelm Dillehoff** im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

*** Der Turner-Sonderzug Hamm-München** fährt nach einer Mitteilung aus Eisenbahntreibern an uns am morgigen 12. Juli, abends 8.55 Uhr von Bahnhof Soest ab. Die Festteilnehmer müssen 6.15 abends am Bahnhof Hamm angetreten sein. Die Sonderzugskarten gelten nur ab Soest und müssen mindestens 2 Stunden vor Abreise des Zuges gelöst sein. Am 13. Juli, 9.55 Uhr abends fährt der Zug nach München, die am 12. Juli nicht fahren können, aber in erster Linie für solche, die aus dem besetzten Gebiet kommen, Platz vorgesehen. Der Fahrpreis beträgt 100.000 Mark für einen Teilnehmer Hin- und Rückfahrt. Sonderzüge für Minderjährige sind vorgesehen, aber noch nicht festgelegt. Der von uns letzten bekanntgegebene Sonderzug am 12. Juli 11.46 Uhr abends ist für den Münsterländer Turntag vorgesehen.

*** Erhöhung der Schulstrafen.** Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter Hinweis auf das Geldstrafengesetz vom 27. April d. Js. folgendes verordnet: Nach Artikel 2 dieses Gesetzes ist der Höchstbetrag der Geldstrafen, die nicht bei Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen angedroht sind, insbesondere von Ordnungsgeldstrafen, somit also auch in der Abmahnungsordnung vom 20. Juni 1935 und etwaigen Regierungsverordnungen angedrohten Geldstrafen für Schulverhältnisse auf das 100fache erhöht worden.

*** Neuerungen bei der Post.** Mit der Erhöhung der Postgebühren sind auch einige allgemeine Veränderungen verknüpft. Die Ermäßigung für Anschriftkarten mit Grüßen auf der Vorderseite in fünf Worten fällt weg. Straßporto wird auf einen Markbetrag, der durch 10 teilbar ist, aufgerundet. Für nicht freigemachte gebührenpflichtige Dienstpostarten und Dienstbriefe wird aber nur der einfache Höchstbetrag erhoben. Der Höchstbetrag der Postanmeldungen wird von 100.000 auf 500.000 Mark erhöht.

*** Mitnahme von Geld ins Ausland.** Durch Verordnung des Reichsfinanzministeriums ist der für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln bei Reisen nach dem Ausland festgesetzte Betrag mit Wirkung vom 26. v. Mts. ab von 600.000 Mark auf den 15.000fachen Betrag der jeweiligen Gebühr für einen Fernbrief bis zu 20 Gramm erhöht worden. Die Freigrenze erhöht sich demnach künftig automatisch mit dieser Gebühr. Zurzeit beträgt sie 4.500.000 Mark.

*** Krankenversicherungspflicht für Angestellte.** Der Reichsarbeitsminister hat für die Versicherungspflicht maßgebende Verdienstgrenze mit Wirkung vom 2. Juli 1933 erhöht. Es beträgt für das unbesetzte Gebiet 21 Millionen = 1.750.000 M monatlich; für das besetzte Gebiet 24 Millionen = 2 Millionen M monatlich. Dadurch werden alle Angestellten, deren am 2. Juli bekanntes Gehalt 1% bzw. 2 Millionen nicht übersteigt, versicherungspflichtig. Gleichzeitig wurden die Grundlöhne für beide Gebiete bis 54.000 M für jeden Kalendertag festgesetzt.

*** Der Himmel im Juli.** Die längsten Tage sind nun schon wieder vorbei. Es geht wieder abwärts. Man merkt zwar noch nicht recht viel, denn die Sonne geht jeden Tag nur eine Minute später auf und nur eine Minute früher unter. Am 23. Juli tritt die Sonne aus dem Zeichen des Krebses in das des Löwen. Es beginnt dann die Zeit der sogenannten Hundstage, die als sehr heiß gefürchtet sind. Am 14. Juli ist Neumond.

*** Frachtdienstleistungen.** Aufolge einer Mitteilung der Reichsbahnverwaltung über die Handelskammer in Berlin sind mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedeutung der Verwendung der vom Normenausschuß der deutschen Industrie festgesetzten einheitlichen Papiergrößen die Abmessungen der Bordrude zu den Frachtdienstleistungen mit Wirkung vom 1. Juni 1933 von 380x300 mm auf 420x297 mm geändert worden. Die Herstellung von Frachtdienstleistungen in der bisher vorgeschriebenen Größe bleibt jedoch mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Papiergrößen noch bis Ende 1933 gestattet. Da noch nicht feststeht, ob auch noch der Text des Frachtdienstleistungsgebiets geändert werden muß, ist den Befehlern von Frachtdienstleistungen die Befestigung von Bordruden über den 1. Januar 1934 hinaus noch wie vor nicht zu empfehlen. Die Abmessungen der einzelnen Pakete des vergrößerten Bordruds sind aus einem Frachtdienstleistungsgebiets ersehen, welches im Büro der Handelskammer von Interessenten eingesehen werden kann.

*** Waldbrandgefahr und ihre Vermeidung.** Im vergangenen Sommer haben die Waldbrände gegen frühere Jahre sich fast vermehrt. Dadurch sind nicht allein große Werte, sondern auch unersetzbare Erholungsstätten der Bevölkerung vernichtet worden. Waldbrände müssen daher verhindert werden. Dies wird erreicht, wenn das durch das Feld- und Forstpolizeigesetz und Strafgesetzbuch verbotene Feueranzünden, Abstoßen und das Wegwerfen von brennenden und glühenden Gegenständen in Wäldern und in gefährlicher Nähe der Wälder unterbleibt. Die Verhütung wird daher vor Überleitung dieser gefährlichen Bestimmungen gewarnt und darauf hingewiesen, daß Zündübertragungen gegen die Bestimmungen des Feld- und Forstpolizeigesetzes streng bestraft werden, und daß der Zündübertragende auch schadenhaftig ist.

*** Haaren (Krs. Hamm).** 10. Juli. Zwei junge Leute ertranken. Am gestrigen Sonntag nachmittag sind hier beim Baden in der zwei 15-jährige Schülerkinder aus Ahlen ertrunken. Sie hatten gemeinsam mit anderen als einer von ihnen in eine Strömung getrieben und unterging. Der zweite wurde beim Versuch der Rettung mitgerissen. Die Leichen konnten bisher nicht aufgefunden werden.

*** Anna, 11. Juli.** 10. Juli. Am gestrigen Sonntag ist in der Schillerstraße der 72-jährige Dachdeckermeister Andreas Heineke. Er erlitt erhebliche Verletzungen.

*** Fröndenberg, 10. Juli.** Die Gemeinde beabsichtigt, auf dem Götischen Gelände über den Untergraben des Elektrizitätswerkes eine Brücke zu bauen. Der Neubau der Brücke bei Surmann geht nun auch der Vollendung entgegen, sie dürfte in den nächsten Wochen befahrbar sein.

*** Werl, 10. Juli.** Ertrunken ist der 16-jährige R. in einem Bassin der Salinendampfab. Der junge Mann ist offenbar einem Herz-Kreislaufer erlegen. Ein zufällig vorüberkommender Arbeiter aus Bömmen brachte den jungen Mann ins Land, leider nur als Leiche.

*** Soest, 11. Juli.** Auf dem Verbandsschießen der Jäger und Schützen von Rheinland und Westfalen haben die Soester Schützen in hervorragender Weise abgeschnitten. Dem Jägerverein Soest, der auf allen fünf Schießen die besten Schießergebnisse hatte, wurden vorläufig sämtliche vier Wanderpreise des Verbandes zugesprochen, jedoch wird den nicht anwesenden Vereinen aus dem besetzten Gebiet Gelegenheit gegeben, sich um die Wanderpreise zu bewerben. Den Ehrenpreis des Verbandes erhielt mit 162 Ringen der Verein Hagen. Soest hatte die gleiche Punktzahl, doch waren die letzten Schüsse des Hagerer Vereins besser als die des Soester Vereins. Einzelergebnisse: Verbandsschießen: 1. Preis B. Pantuch, Soest, 219 Ringe; 2. Preis A. Meier, Herten, 213 Ringe; 3. Preis C. Stamm, Soest, 206 Ringe; 4. Preis D. Stedfeld, Lippstadt, 206 Ringe; 5. Preis E. Möller, Münster, 205 Ringe; 6. Preis F. Schwane, Soest, 204 Ringe; 7. Preis G. Vogel, Lippstadt, 203 Ringe; 8. Preis H. Jung, Hagen, 201 Ringe; 9. Preis I. Sommerkamp, Lippstadt, 200 Ringe; 10. Preis J. Wollast, Dortmund, 200 Ringe; 11. Preis K. Schmitt, Soest, 199 Ringe; 12. Preis L. Kramer, Soest, 198 Ringe; 13. Preis M. Kramer, Soest, 198 Ringe; 14. Preis N. Sommerkamp, Lippstadt, 198 Ringe; 15. Preis O. Rindhage, Hagen, 197 Ringe; 16. Preis P. Uhl, Paderborn, 196 Ringe; 17. Preis Q. Biele, Soest, 195 Ringe; 18. Preis R. Kortmann, Soest, 195 Ringe; 19. Preis S. Kude, Soest, 195 Ringe; 20. Preis T. Bramentlamper, Dortmund, 195 Ringe; 21. Preis U. Jägemeyer, Lippstadt, 194 Ringe; 22. Preis V. Stedfeld, Lippstadt, 193 Ringe; 23. Preis W. Meier, Paderborn, 193 Ringe; 24. Preis X. Müller, Arnberg, 193 Ringe; 25. Preis Y. Sturm, Lippstadt, 192 Ringe; 26. Preis Z. Kleeblatt, Hamm, 191 Ringe; 27. Preis A. Schönebeck, Lippstadt, 190 Ringe; 28. Preis B. Jaspers, Soest, 190 Ringe; 29. Preis C. Stachmann, Arnberg, 189 Ringe; 30. Preis D. Saathewer, Barmen, 190 Ringe; 31. Preis E. Heidemann, Lippstadt, 189 Ringe; 32. Preis F. Tede, Ahlen, 189 Ringe; 33. Preis G. Vauds, Herten, 189 Ringe; 34. Preis H. Meier, Paderborn, 189 Ringe. Im Ernteschießen war auf allen Schießen Herr Voedeler-Soest mit 187 Ringen der beste Schütze, der auch den Ehrenpreis des Schützenbundes „Gellweg“ erhielt.

*** Münster, 10. Juli.** Die Stadtverwaltung hat bei dem Erwerb von 21 Morgen Gelände für Gewerbezwecke einen neuen Weg eingeschlagen: Die Stadt zahlt pro Morgen eine jährliche Nutzungsgeld nach dem Geldwerte von einem Zentner Roggen. Der endgültige Kaufpreis wird spätestens nach 30 Jahren oder auf Wunsch der Verkäufer vorher durch einen Ausschuss unter Ausschluß der wertsteigernden Aufwendungen vom Tage der Auflassung an festgestellt. Hierdurch braucht die Stadt vorläufig keine Anleihe oder Mittel aufzubringen, während die Verkäufer die Gewissheit haben, einen einigermaßen wertbefähigten Kaufpreis zu erhalten.

*** Reddinghausen, 9. Juli.** Ein Verb aus der G. S. In der Mühlenstraße stieß man bei Ausbesserungsarbeiten auf ein Versteck, das nach den Aussagen Sachverständiger aus der Eiszeit stammt. Danach dürfte das Stellett etwa 30.000 Jahre alt sein.

*** Serne, 7. Juli.** Wenn Kinder mit Streichhölzern spielen. Als in dem benachbarten Orte Berge drei Kinder im Alter von 3 bis 4 Jahren sich das Vergnügen machten, mit Streichhölzern zu spielen, fing das Kleinste des 4-jährigen Mädchens eines heftigen Brandwundes. Er erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es nach Verlauf zweier Stunden starb.

*** Bad Driburg, 10. Juli.** Schändung der Gräflin von Deynhaußen. Die im Schlosspark zu Reeseln gelegene Gruft der Gräflin von Deynhaußen ist in der Nacht zum Samstag von rohen Subenhanden geschändet worden. Die auf dem Grabe des Grafen Cuno von Deynhaußen liegende Bronzeplatte wurde in Stücke geschlagen; die auf dem Grabe der Gräfin Antonie von Deynhaußen befindliche Bronzeplatte ist gestohlen worden. Auf dem vor dem Kryptobild angebrachten Blumenbeet wurden Fußspuren entdeckt, woraus man schließt, daß es auch auf den Christus-Korpus an dem mächtigen Steintreppchen abgegangen war. Jedoch kam die Tat nicht zur Ausführung.

*** Bad Deynhaußen, 10. Juli.** Von Einbrechern erschossen. Vor kurzem waren im Badehaus 5 (hinter den Salinen) Metallbüchse verbleibt worden. Da man vermutete, daß die Diebe wiederkommen würden, wurden zur Nachtzeit zwei Mann als Wache in dem Badehaus untergebracht. Laßlich tauchten vorgelassen, wurden kurz vor 10 Uhr zwei Gestalten vor dem Hause auf und stiegen durch ein Fenster ein. Danach riefen die Wächter die beiden Eindringlinge an, und als diese nicht stiegen blieben, entpanden sie im Innern des Hauses ein Kampf, der infolgedessen ungleich war, als die Verbrecher bewaffnet waren, die Wächter unbewaffnet. Die Wächter aber nicht. Der eine Wächter, der aus Reime flammende Kriegsbeschädigte Rob. Bider, ein Schwiegersohn des Gastwirts Graul, erhielt drei Schüsse, von denen einer ihn ins Herz traf und tödete. Der andere kam mit leichten Schlagverletzungen davon. Die beiden Verbrecher ergreifen darauf, wiederum den Weg durchs Fenster nehmend, die Flucht und verließen leider unerkannt zu entkommen. Der Leiche noch jeder Anhalt über ihre Persönlichkeit. Es steht aber fest, daß der Mörder den Bider gefasst haben muß, da er ihn mit dem Vornamen angeredet hat, und daß er durch den Schlag mit einer Latte eine blutende Kopfverwundung davongetragen hat, die ihm möglicherweise zum Verfall werden kann.

*** Essen, 9. Juli.** Am Sonntagabend kurz nach 9 Uhr entstand im Stadtpark, wo etwa 30.000 Menschen Erholung suchten, eine Panik. Ein betrunkener französischer Soldat fing ohne jede Ursache plötzlich Krampfanfälle und schlug mit den Armen in der Luft herum. Es entstand der Eindruck, als ob er eine Waffe in der Hand schwingte. Auf den Ruf: „Die Franzosen schießen“ machte sich die riesige Menge vor den Augen der Franzosen zu retten und stürzte durch Fenster und Türen in den Saalbau und umgekehrt waren die in den oberen Etagen des Saalbaues Weilenben, die nicht wußten, was eigentlich los sei, drauf und dran, aus den Fenstern in die Tiefe zu springen. Französische Offiziere ließen den Anführer durch andere Soldaten abführen. In dem Gedränge wurden Frauen und Kinder niedergedrückt, einige Ohnmächtige kamen erst nach Stunden wieder zu sich. Der Stadtpark und der Saalbau wurden darauf geschlossen. Der Schaden an vernichteten Porzellan und Glasern, an Bekleidungen, an zertrümmerten Eischen und Stühlen geht in die Millionen, von den Schäden an den Kleibern der Frauen und Männer ganz abgesehen. Der Vorfall ist ein kleiner Auschnitt aus den Leiden des Ruhrgebiets.

*** Köln, 10. Juli.** Zwei Bantkefänge wandelten einen See über 23.100 M durch Anhängen von zwei Kühen in 23.100 M um. Die Ausbreitung der Zahl in Buchstaben änderten sie durch Ausschaben. Bei der Vorlegung des Scheits

bei einer Bank hefte der Kassierer mühselos die große Füllungs fest und veranlaßte so die Festnahme der beiden Betrüger. Die Strafkammer verurteilte sie jetzt wegen Unterschlagung in 5 Monaten Gefängnis. Straußschub soll bei Zahlung einer Million M erfolgen.

Bermischtes.

Der 30-jährige Krieg im Film. Die Umschau nach großen Filmstoffen, die u. a. zur Bibel hat greifen lassen, hat nun auch dazu geführt, den gewaltigen Plan einer Verfilmung des 30-jährigen Krieges mit der Figur Wallenstein im Mittelpunkt zu verwirklichen. Und zwar handelt es sich um ein tschechoslowakisches Konfession, das mit Unterstützung seiner Regierung die Vorarbeiten bereits aufgenommen hat. Dadurch, daß außer tschechischen auch deutsche, schwedische, italienische Darsteller zur Mitwirkung herangezogen werden, erhält der Film den historisch gegebenen internationalen Charakter. (K. P.)

Freiheiten eines Gemäldes von Rubens. In dem Museum von Antwerpen ist ein Rubens neu aufgeführt worden, der eine Darstellung des römischen Staatsmannes Seneca gibt. Das Bild ist kürzlich in Nizza entdeckt und für den Preis von 7000 Dollar angekauft worden. Das Kaufgeld ist von dem belgischen Staat, der Stadt Antwerpen und einigen Kunstpatronen aufgebracht worden. Das Rubensgemälde befand sich bis zur Revolution in einem russischen Schloß, wo es den wertvollsten Bestandteil einer ausgesuchten Gemäldesammlung bildete. Durch die Wirren der Revolution tauchte es dann zunächst unter, bis man es schließlich in Nizza in einem unscheinbaren Kunstladen wieder vorfand.

„Aufruf für ein Schlageter-Denkmal in Baden.“ Unter der Schirmherrschaft des Generalschulmarsschalls von Hindenburg, des Großadmirals von Tirpitz und des Generalobersten Graf von Bothmer ist in Baden ein Schlageter-Denkmal errichtet worden. Ein Aufruf zur Spende von Beiträgen wurde in der Berliner Presse veröffentlicht.

Das elektrische Pferd bei der Reichspost.

Auf dem Hofamt Lützenwalder Straße in Berlin, wo täglich hunderttausende Pakete behandelt werden, ist seit einiger Zeit ein elektrisches Pferd in Dienst, zu dessen probeweiser Beschaffung der Vereinfachungsausschuß beim Reichspostministerium die Anregung gab. Es ersetzt sechs Arbeiter, die bisher die schweren, mit Paketen hoch beladenen Karren von dem in Straßenhöhe liegenden Posthofe über eine steile Rampe auf die Wagenschienen schieben mußten, wo die Eisenbahnmänner damit beladen werden. Der Baum ist sehr eng und der Verkehr sehr stark. Es kam also darauf an, ein mechanisches Zugmittel anzuwenden, das sich leicht durch das enge Gewühl von Paketenkarren, Pferdehufeisen, Straßenbahn-Paketenkarren hindurchwinden kann, auf kleinstem Platz zu stehen vermag und dabei kräftig genug ist, um möglichst viel der Karren gleichzeitig zu ziehen. Das erfüllt nun das elektrische Pferd, ein kleiner vierwädriger Karren, der mit einer Akkumulatorenbatterie von 40 Zellen beladen ist, die zwei Antriebsmotoren von je zwei Kilowatt Leistung speist. Die Ausladung der Batterie wird an der vorhandenen Starkstromleitung mit 110 Volt vorgenommen. Sie reicht für acht Stunden Betrieb, das heißt für eine Tagesarbeit, da der Karren ja nicht ständig läuft. Ein Mann genügt zu seiner Bedienung. Die Geschwindigkeit ist natürlich ganz gering gehalten, denn darauf kommt es bei der kurzen Entfernung nicht an. In der Regel zieht das elektrische Pferd fünf bis

sechs vollbeladene Palettkarren. Dieser hat sich die Einrichtung sehr gut bewährt. Etwa gleichzeitig sind neue Postkutschen für den Straßenbahnverkehr in Betrieb genommen worden, die dem Verkehr zwischen dem Bahnhof und den Stadthauptbahnhöfen dienen. Sie besitzen eine Ladefläche von 12 Quadratmetern und ein Gesamtgewicht von 4,8 Tonnen. Ihr Ladegewicht ist ebenso groß. Durchschnittlich vermögen sie 1200 Pakete aufzunehmen, gegenüber 700 bis 800 Paketen in den bisher verwendeten offenen Sommerwagen der Straßenbahn.

Die Hitze.

Wie unsere Wetterkundler vorausgesehen haben, ist mit Peter und Paul ein Witterungsumschlag eingetreten, der uns beständiges und vor allen Dingen warmes Wetter gebracht hat, so daß wir immerhin noch auf eine gelegentliche Ernte hoffen können. Wenn uns die Hitze drückend erscheint, so liegt die Ursache weniger in der Temperatur, als in der Ungewohntheit, nachdem die Herrschaft der gefürchteten Eismänner bis Ende Juni sich erstreckte hatte. Wie die Chroniken melden, haben die Menschen schon ganz andere Hitzegrade auszuhalten gelernt. Von dem Jahre 627 wird ein Sommer gemeldet, dessen Hitze so anhaltend war, daß die Quellen versiegten und die Menschen verarmten. Im Jahre 923 war die sommerliche Dürre die Ursache einer Seuche, die viele Opfer forderte. Der Sommer des Jahres 1472 brachte eine ganz außergewöhnliche Dürre; doch war die Ernte gut und reichlich. Im Jahre 1715 fiel von März ab bis in den Oktober nicht ein Schauer Regen, so daß alle Früchte verdorrten und eine entsetzliche Hungersnot die Folge war. Und doch wurde die Hitze dieses Jahres (88 Grad R.) noch übertroffen von der im Jahre 1815, die bis auf 40 Grad gelegen sein soll. — Immerhin sind aber auch in der jetzigen kurzen Hitzeperiode schon Temperaturen zu verzeichnen, die nicht jedes Jahr erreicht werden und die eben erwähnten übertreffen. So betrug die Spitzentemperatur am gestrigen Montag zwischen 2-2½ Uhr im freien Lande 54 Grad Celsius oder 42 Grad Reaumur. Das ungewöhnliche gute Sommerwetter kommt vor allem der glatten Abwicklung der Feuerwerke zuzustatten, die doch noch weit im Rückstande war. Der Ertrag der Feuerwerke ist durchweg ein guter. Für die übrigen Feiertage wurde ein Regen sehr zuträglich sein. Aber auch die Badesanstalten zeigen endlich den langersehnten Aufbruch, den ihnen der wintertöde Mai und besonders Juni verwehrt haben. Und die Wetterpropheten finden auch ihre Rechnung dabei, denn ihre gefährdete Ehre ist wieder vollkommen gerettet.

Der Todesopfer der Hitze in Berlin.

O. Berlin, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Blättern wurde gestern vom Berliner Wetterbüro als Höchsttemperatur im Schatten 39 Grad gemessen. Heute früh 8 Uhr wurden bereits 26 Grad, das heißt 1 Grad mehr als gestern zur gleichen Zeit, gemeldet. Die große Hitze hat auch in Berlin bereits mehrere Todesopfer gefordert. So haben gestern beim Baden 4 Personen unter dem Einfluß der Hitze einen Herzschlag erlitten und sind ertrunken.

Wetterbericht.

Aussichten für Nordwestdeutschland.

Vorherlage bis Donnerstag morgen: Ueberwiegend heiter und sehr warm.

Handelsnachrichten.

— Rheinische Stahlwerke in Duisburg-Neudorf. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

— Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke. Die Generalversammlung hat gegen die Entlassung zweier kleiner Aktionäre die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen auf 800 Millionen Mark beschloffen. Davon sollen 160 Millionen Mark ab 1. Juli 1933 bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden, die restlichen 140 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1933 in Aktien umgewandelt werden. Die Erhöhung des Aktienkapitals wird durch die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 Millionen Mark erreicht.

bis 1.500.000, Weizenkleie 820.000, Trochenschnitzel 240.270.000.

— Berliner Produktennotierungen vom 10. Juli 1933. Weizen 620-640, Roggen 520-540, Hafer 520-550, Mais ab Berlin 500, Weizenmehl 1900-2100, Roggenmehl 1400-1500, Weizenkleie 350-360, Trochenschnitzel 240-270, Raps ohne Ankerbot, Weizen ohne Ankerbot, Viktoriaerbsen 850-950, Speiseerbsen 750-800, Lupinen blau 400-450, Lupinen gelb 300-350, Rapskuchen 500-510, Trochenschnitzel 210-220, Zuckerrohr 320-350, Kartoffelflocken 510-520.

— Berliner Produktenbericht vom 10. Juli 1933. Die von Amerika eingehtenen Dollarkurse haben die hier schon gestern durch anderweitige Depeschen herangezogenen Befürchtungen wegen eines fortgesetzten sinkenden Marktwertes bestätigt. Hier folgen die Dollarkurse dem Auslande nach wie vor nicht. Aber das ändert nichts an der Situation, da sich im ganzen Lande die Preise nach der am Weltmarkt herrschenden Haltung unserer Valuta richten. Die Situation ist hier so verwickelt, daß sich der Kreis der Käufer nie auch der Verkäufer immer mehr verengt und das Geschäft täglich abnimmt. Für Weizen werden besonders in Sachsen Kleinspreise bezahlt. Für Roggen solche vorwiegend in Schlesien. Hier braucht man sich so weit als möglich gegen jenes Beispiel, daß die Berliner Preise hinter den Provinznotierungen zurückbleiben. Nehmlich ist es bei Getreide und Hafer, die aber durchweg gleichzeitlich mit Weizen merklich höher als gestern notierten. Futterartikel sind gefragt und steigen weiter.

Devisen- und Effektenmarkt.

Freiwertehr.

*** Berlin, 10. Juli.** Am Devisenmarkt zeigte sich die stürmische Nachfrage fort, wobei die Reichsbank es für ratsam hielt, neuerdings zu starken Reparierungen zu schreiben. So wurde London mit 3 Prozent zugereist und nur Aufträge bis 25 Pfund Sterling voll berücksichtigt. Die Tendenz an den Effektenmärkten wird als weiter fest bezeichnet.

Stadtverordnetensitzung.

(Fortsetzung.)

Mitteilung wurde gegeben von dem Einspruchsverfahren der Anlieger der Königstraße betr. Heranziehung zu den Straßenbaukosten. Die Beschwerdeführer sind abgewiesen, die Beschlüsse der Stadt. Körperlichkeiten haben dadurch Rechtskraft erlangt und mit der Einziehung der Anliegerbeiträge ist bereits begonnen worden. (Die Summen sind aber heute nach der Marktentwertung derart klein, daß sich die Einziehung vielleicht nicht immer lohnt. Die Red.) Herr Müller hält die Heranziehung der Anlieger für ungerecht, weil i. Zt. ausdrücklich beschlossen wurde, daß dieses nur geschehen solle, wenn es sich um eine Pflasterung mit besserem Material handele. Das trifft hier nicht zu.

Die Niederschlagung von Anliegerbeiträgen in Höhe von 600 Mark von einem auswärtigen Besitzer wurde beschloffen und einer Nachtragsforderung der Seife-Genossenschaft für 1922 in Höhe von 973300 Mark zugestimmt. Anschließend hieran empfiehlt Herr Müller die Anlage einer Bad-Verbindung mit der Seife-Regen-... Herr Beigeordneter Siegler bemerkt, daß das Bauamt bereits die Pläne hierzu ausgearbeitet habe. Die Vorlage sei in Arbeit. Herr Jacobi weist darauf hin, daß die Anlage selbst die geringsten Kosten verursache; die ständige Unterhaltung und Wasserzuführung mache die Anlage teuer. Herr Müller schneidet die Frage der Bannbäder an und Herr Tschorn ist warmer Befürworter des Schwimmbades. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß das Seifewasser nicht für das Bad benutzt werden könne und die Seife-Genossenschaft die Anlage eines Schwimmbades in enger Verbindung mit der Seife nicht gestatte. Die Vorlage ruhe aber bei dem Magistrat in guten Händen.

Die Auszeichnung der Bürgermeisterstelle steht dann nochmals zur Debatte. Im April hatte sich die Majorität dafür entschieden, den Bürgermeisterposten erst nach den allgemeinen Herbst-Wahlen zu besetzen. In der letzten Sitzung beschloß eine Mehrheit die sofortige Ausschreibung der Stelle, dabei war aber vergessen worden, die Bedingungen für den Bewerber festzusetzen. Die gewählte Kommission schlägt daher vor, die Stelle nach Gruppe 12 zu besetzen; der Bewerber muß

die große Staatsprüfung abgelegt oder längere Erfahrung im Gemeinwesen haben. Nebenannahmen sollen nicht mehr damit verbunden sein. Herr Direktor Hufmann ist der Ansicht, daß alle Beschlüsse nach dem vorläufigen Gesetz über Regelung der Gemeindevahlen mit 2/3 Mehrheit gefaßt werden müssen. Herr Strelnski gibt darauf namens seiner Fraktion eine Erklärung ab: In der Stadt schwirren Gerüchte herum, die nur von Stadtverordneten herkommen, daß wir die letzte Sitzung zur Ueberrumpelung der bürgerlichen Fraktion benutzt haben. Diesen Vorwurf weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Der Antrag ist 8 Tage vor der Sitzung formuliert und mit Tinte geschrieben worden. Nicht wie treiben Wahlpropaganda, sondern die Gerüchte verbreiten aus Stadtverordnetensitzen. Herr Ebdinghaus betont, daß es trotz aller Demut des Vorredners eine Ueberrumpelung gab, da kein Mitglied der anderen Fraktionen von dem Antrag etwas wußte. Bei der Abstimmung wird die Besetzung nach Gruppe 12 abgelehnt, da keine 2/3 Mehrheit sich dafür findet, ebenso nach Gruppe 11. Herr Strelnski gibt seinem Unmut Ausdruck und droht mit der Einstellung der bisher sachlichen Politik. Dem hält der Vorsitzende aber entgegen, daß St. Andersdenken doch nicht vorschreiben könne, gegen ihre Ansicht zu stimmen. Herr Kupper schlägt vor, wie Herr Müller die Ansicht, daß sich ein tüchtiger Mann nicht zur Wahl stellen würde, wenn er nach den im Herbst stattfindenden allgemeinen Neuwahlen sich nochmals stellen muß. Diese Ansicht hält der Vorsitzende nicht für richtig, in dem Gesetz würde immer nur von unbefugten Beigeordneten gesprochen, die sich nochmals der Wahl unterziehen müßten. Herr Strelnski betont, daß die Sozialdemokratie es nicht wolle, einen Parteigänger auf den Bürgermeisterposten zu bringen; sie verlange nur einen tüchtigen, allen Kreisen zugänglichen Bürgermeister, weil sie wisse, daß die städtischen Geschäfte unter dem heutigen Regime leiden. Die Zukunft werde lehren, daß die sozialdemokratische Fraktion mit der sofortigen Besetzung des Postens richtig gehandelt habe. Wir verlangen keinen Sozialdemokraten, nur einen tüchtigen Mann müsse die Stadt haben. Darauf wird nochmals über die Frage abgestimmt, ob die Stelle überhaupt ausgeschrieben werden soll. Für die Ausschreibung findet sich keine Zweidrittel-

Majorität und damit ist die sofortige Ausschreibung abgelehnt. Mit Rücksicht auf die herrschende Hitze soll über den Rest der Tagesordnung (Punkt 23-43) am Montag verhandelt werden.

Kokales u. Provinzielles

Kamen, 11. Juli. Wichtig für Militärentner. Die Zahlung der Zulage für den Monat Juli an die bisherigen Empfänger von Teuerungszuschüssen erfolgt am Donnerstag, den 12. d. Mts. durch die hiesige Stadtkasse.

Die Wohnungsbauabgabe. Zu unserm Artikel über die Wohnungsbauabgabe vom 7. d. Mts. wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Anträge auf Befreiung nach § 15 des Gesetzes an die Stellen zu richten sind, welche die Unterstufungen gewähren, alle übrigen Anträge an den Gemeindevorstand.

Volksstanzgemeinschaft. Am Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr ist im Stadtheim am Kirchplatz (frühere Volksbibliothek) eine Zusammenkunft zwecks Bildung einer Volksstanzgemeinschaft. Diese will es sich zur Aufgabe machen, alle Mädel und Jungen über 14 Jahre, die der Jugendbewegung nahe stehen, zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen und den guten Volkstanz zu pflegen und zu fördern. Bei guter Beteiligung soll außerdem versucht werden, auf dem Gebiete der Kunst usw. ebenfalls einen zwanglosen Kreis zu bilden. Wir können einem Jeden die Beteiligung nur warm empfehlen.

Die Wartburggilde Berlin des Eogl. Reichselternbundes veranstaltet am Donnerstag dieser Woche in der Pauluskirche eine liturgische Feierstunde über das Thema: „Jesu, meine Freude“. Die Wartburggilde besteht aus 2 Berliner Pastoren und 1 Organisten. Die Reichsgeschäftsstelle des Elternbundes wollte diese Herren in das besetzte Gebiet senden, um die Bevölkerung seelselig zu erquickend und zu stärken. Da ihnen aber die Einreiseverlaubnis verweigert ist, besuchen sie gegenwärtig einige Städte des Randgebietes.

Ausflug. Am Sonntag, den 15. Juli, beabsichtigt der Verein Heimatkunde f. Kamen u. Umgegend bei schönem Wetter seinen ersten Ausflug nach Oberaden zu machen. Einige Mitglieder stellen in lebenswürdiger Weise ausreichend Wagen und Pferde zur Verfügung, so daß für

alle Teilnehmer für Fahrgelegenheit gesorgt ist. Es soll das Gelände der Ausgrabungen des Römerlagers besichtigt werden. Herr Pfarrer Preuß wird die Führung übernehmen. Kaffee kann in einer Wirtschaft gemeinsam getrunken werden. Mundvorrat ist mitzubringen. Es wird gebeten, die Anzahl der Teilnehmer in eine Liste einzutragen, die bei den Mitgliedern zirkuliert. Sollte wegen schlechten Wetters der Ausflug ausfallen müssen, so wird eine Monatsversammlung stattfinden, über die noch Näheres bekannt gegeben wird.

Turnverein zu Kamen 1854. Wir weisen nochmals auf die heutige Generalversammlung hin, welche 8 1/2 Uhr bei Wwe. Jordan stattfindet. Die Turnfestbesucher müssen in der Versammlung die Fahrt bezahlen. Wer nicht rechtzeitig bezahlt, kann keine Ermäßigung bekommen. Auch werden die Festarten und Vereinsabgaben verteilt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird zahlreiches Erscheinen gewünscht.

Versammlung der Knappen. Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge stehen wohl die Knappenvereine in den vordersten Reihen. Das bewies so recht wieder die am Sonntag, den 8. 7. 23, stattgefundene Generalversammlung des Knappenvereins „Gute Hoffnung“. Der erste Vor. Herr Jul. Platte, der die Verhandlungen leitete, wies darauf hin, daß es Pflicht der im Verdienst stehenden Kameraden sei, diejenigen zu unterstützen, die in Not geraten seien. Der Beitrag soll auf 3000 Mark erhöht werden. Dafür soll aber auch das tägliche Krankengeld auf 3000 Mark erhöht werden. Die bei einem etwaigen Sterbefall, ganz gleich ob bei einem Kameraden oder dessen Ehefrau, auszahlende Summe beträgt 500000 Mark. Hierfür sind in der Umlage von Fall zu Fall 3000 Mark zu entrichten. Ferner wurde beschloffen, am 12. August einen Familien-Ausflug nach Dörfelsdorf in Südbaden zu veranstalten. Hierzu werden die Mitglieder und deren Damen herzlich gebeten, doch einige kleine Geschenke zu stiften. Es soll eine Kinderbelustigung stattfinden, aber auch die Großen sollen ihre Freude haben. Dann machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß auch im letzten Vierteljahr wieder 17 Renaufnahmen vollzogen wurden, wohl der beste Beweis, daß die Nützlichkeit der Knappenvereine immer mehr erkannt wird. „Glück auf“!

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres einzig geliebten Töchterchens sprechen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Ewald für die trostreichen Worte am Grabe, unsern innigsten Dank aus.

Erich Lambrecht u. Frau.

Bergkamen, im Juli 1923.

2127

Anfertigung von Damen- und Kinder-Garderoben.

Frau Ferkau,

Damenschneiderin, Overberge 158.

Aufgebot.

Der Wirt Otto Biermann zu Kamen, Markt, hat das Aufgebot des verloren gegangenen Grundschuldbriefes vom 20. September 1907 über die im Grundbuch von Kamen Band 13, Blatt Nr. 87, in Abt. III, unter Nr. 12 eingetragene Eigentümergrundschuld von 33 000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 18. Dezember 1923, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 3, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Kamen, den 3. Juli 1923.

2134

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Kreistag hat am 27. April 1923 einen Nachtrag zur Wirtschaftssteuerordnung des Landkreises Hamm vom 5. Oktober 1921 beschloffen, wonach vom 1. April 1923 ab nicht mehr die Gewerbesteuerveranlagung bei der Festsetzung der Konzeptionssteuer zugrunde gelegt wird; diese Steuer beträgt für die Folge 5 vom Hundert des Anlage- und Betriebskapitals oder 10 vom Hundert des Ertrages. Bei Neugründungen von Baux, Dielen Lötstufen, Rabarets und sonstigen Schankwirtschaften, die vorwiegend Wein und Lötör aus-schenken, wird das 4fache und bei außerhalb des Deutschen Reiches wohnenden das 10fache der Sätze erhoben. Der Nachtrag ist höheren Ortes genehmigt und kann bei den Ortsbehörden des Kreises eingesehen werden.

Hamm (Westf.), den 6. Juli 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Kremler.

Liturgische Feierstunde.

Jesu, meine Freude

Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr in der Pauluskirche.

Veranstaltet von der Berliner Wartburggilde des Ev. Reichselternbundes.

Mitwirkende:

Pastor Goebel, Pastor Sybert, Tenorist und Organist Czak.

Zu dieser Feier, die der seelischen Erquickung und Stärkung dienen soll, ladet herzlich ein

Das Presbyterium.

Wir empfehlen täglich frische

Molkerei-Butter

Thams & Garfs,

Kamen, Bahnhofstr. 2128

Scharfe, sehr wachsame

Schäfer-Gündin

1 1/2 Jahr alt, zu verkaufen 2129

Ludwig Worf,

Kamen, Am Hilfswege 10.

G. D. A.

Leichtmotor-räder

mit D. K. W. Motor

hat ständig abzugeben

F. u. H. Mork, Kamen,

Automobil-Reparaturanstalt. Telephon Nr. 286.

Ansgelammtes Damen-Haar

kauft

H. Steinmann,

Damen-Salon,

Kamen,

Bahnhofstr.

Leiden Sie?

an Flechten, Haut-

ausschlag, Haut-

juden, Pickeln,

Finnen, Schorf,

Krätze usw. dann

gebrauchen Sie

Dr. Ferrar's

Seife. Er-

folg überraschend.

Zu haben in den

Apotheken und

Drogerien.

Ordnentliches 2122

Mädchen

für sof. ges. Daselbst ein kräftiger

Lehrling gesucht

Bäckerei und Konditorei

Anton Hilgert, Niederaden.

Wegen Verheiratung d. jetzigen,

für sofort ein ordentliches braves

Mädchen

mit guten Zeugnissen gesucht.

2121 Schulte,

Mühle Hufen-Karl.

Fr. Brinmann

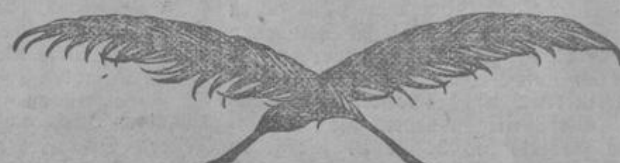
begl. Vertreter von

Pastor Fettes Heilweise

Kamen, Bahnhofstr. 49

Sprechstunden: Dienstag und

Freitag von 9 bis 6 Uhr.



Nachruf.

Am Sonntag, den 8. Juli, starb plötzlich und unerwartet

Herr Geh. Sanitäts-Rat Dr. Lenzmann.

Der Entschlafene war seit 1884 leitender Arzt des Krankenhauses. Als solcher hat derselbe mit seltener Treue und Sachkenntnis für die erste Einrichtung und Entwicklung des Hauses gewirkt und mit großer Liebe sich der Kranken angenommen.

Als Schularzt, Impfarzt, Polizei- und Armenarzt hat der Verstorbene der Stadt gute Dienste geleistet.

Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.

Kamen, den 10. Juli 1923.

Das Kuratorium des Krankenhauses „Hellmig-Stiftung“

Der Magistrat.

2132

Abonnements-Nachzahlung für Juli 1923.

Der Bezugspreis für den Monat Juli mußte bei der Post für die Postabonnenten bereits am 3. Juni er. aufgegeben werden. Die fortgesetzt erfolgten gewaltigen Steigerungen der Herstellungskosten unserer Zeitung zwingen uns, wie alle deutschen Zeitungen, zur Erhöhung des Bezugspreises. Wir mußten deshalb den Bezugspreis für den Monat Juli auf M. 18000. — erhöhen und bitten unsere Abonnenten, welche die „Kamener Zeitung“ selbst bei der Post bestellt haben, den Differenzbetrag von M. 3000. — unter Verwendung der beigelegten Zahlfacte auf unser Postcheckkonto Gln 20321 umgehend zu übersenden. Verlag der Kamener Zeitung.

Zwei Fremde, Ende 20 Jahre, evg., wünschen die

Bekanntschafter Damen.

Angebote mit Bild unter 2133 an die Kamener Zeitung.